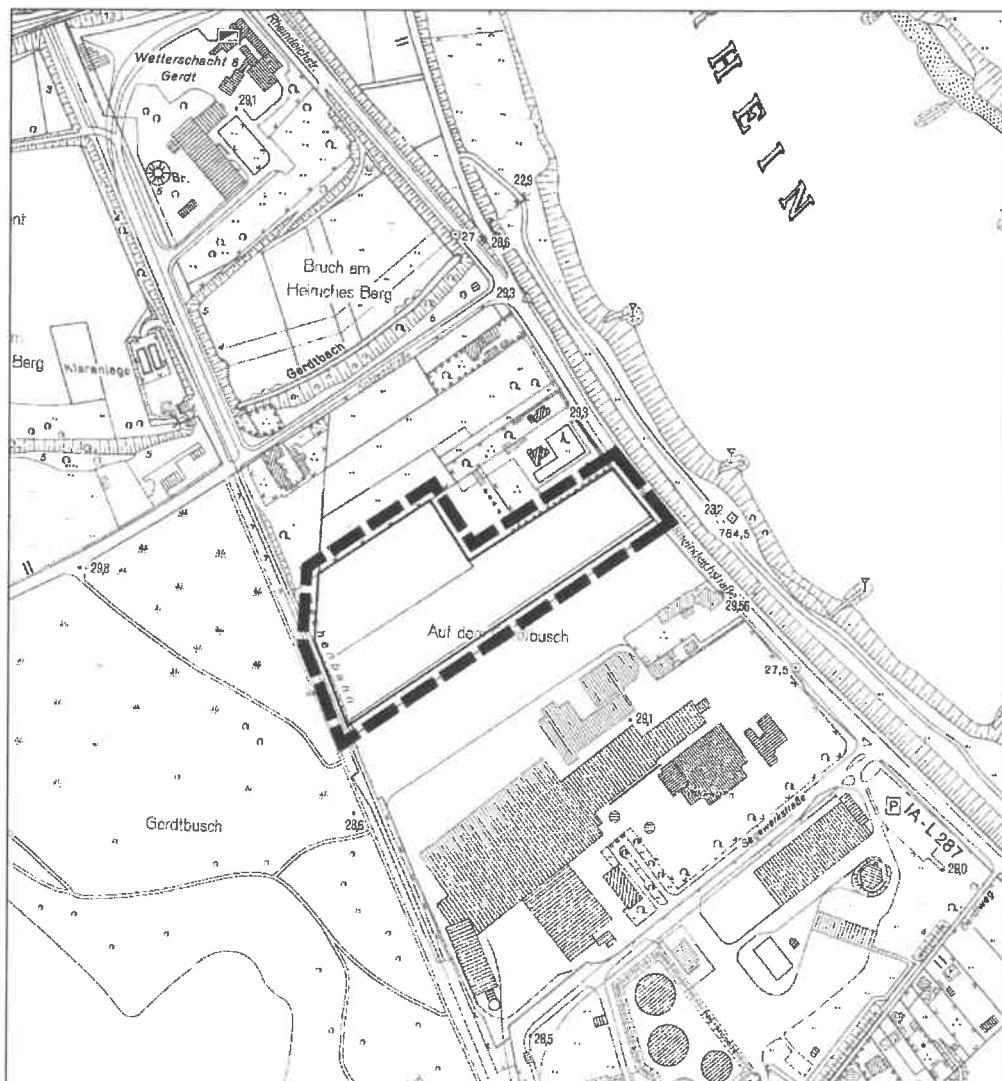


Begründung

zur

**Änderung Nr. 4.30 -Baerl- des Flächennutzungsplans der Stadt Duisburg
für einen Bereich zwischen Zechenbahn und Rheindeichstraße**



Stand: 06.03.2018, Feststellungsbeschluss gem. § 6 Abs. 6 BauGB

Investor: Rheindeich S.à.r.l.,
Luxemburg

Planverfasser:
Stadtplanung Zimmermann GmbH
Linzer Straße 31
50939 Köln

Stadtplanung Zimmermann GmbH
Linzer Straße 31 · 50939 Köln
Tel.: 0 221/411011-0 · Fax: 41 10 11-22

Amt für Stadtentwicklung
und Projektmanagement

DUISBURG
am Rhein

Gehört zur Verfügung der
Bezirksregierung Düsseldorf
vom 17.08.2018

A.Z. 35.02.01.01-02DU-4.30-1314

Inhaltsverzeichnis

Teil A - BEGRÜNDUNG

1	Anlass der Planung	4
1.1	Anlass und Ziele der Planung	4
1.2	Erfordernis zur Änderung des Flächennutzungsplans	4
1.2.1	Derzeitiges Planungsrecht	4
1.3	Wesentliche Auswirkungen der Planung	5
2	Situationsbeschreibung	5
2.1	Lage des Plangebiets	5
2.2	Gebietsbeschreibung und stadträumliche Einbindung	5
2.2.1	Städtebauliche Struktur	5
2.2.2	Verkehr	6
2.2.3	Grün- und Freiraumsituation	6
2.2.4	Hochwasser	6
3	Vorgaben und Bindungen	6
3.1	Regionalplan	6
3.2	Flächennutzungsplan	7
3.3	Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (Duisburg2027, Teilräumliche Strategiekonzepte)	8
3.4	Bestehende Bebauungspläne	8
3.5	Landschaftsplan Duisburg	8
3.6	Grünordnungs- und Freiraumentwicklungskonzept	8
3.7	Biotopverbundkonzept	8
3.8	Gender Mainstreaming	9
3.9	Bodendenkmal	9
4	Städtebauliche Konzeption	10
4.1	Bebauungskonzept und städtebauliche Intention	10
4.2	Erschließung und ruhender Verkehr	10
4.3	Entwässerungskonzept	10
5	Darstellungen des Flächennutzungsplans	11
5.1	Geltungsbereich	11
5.2	Flächendarstellung	11
6	Regelungen des parallel aufzustellenden Bebauungsplans Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“	12
7	Zusammenfassung des Umweltberichts	12
8	Auswirkungen der Planung	13
8.1	Verkehrliche Auswirkungen	13
8.2	Schalltechnische Belange	13
8.3	Artenschutz	14
8.4	Boden	14
8.5	Nutzung landwirtschaftlicher Flächen	15
8.6	Störfallbetrieb	16
8.7	Klimawandel	17
9	Kosten	17
10	Gutachten	17

11	Darstellung des Bauleitplanverfahrens / Abwägungsprozesses.....	18
11.1	Darstellung des Verfahrensablaufes	18
11.2	Zusammenfassung der Ergebnisse der Beteiligung	19
11.2.1	Frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB.....	19
11.2.2	Frühzeitige Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.....	20
11.2.3	Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.....	21
11.2.4	Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB	22
11.2.5	Erste erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB.....	23
11.2.6	Erste erneute Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB.....	25
11.2.7	Zweite erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB.....	25
11.2.8	Zweite erneute Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB.....	26
11.2.9	Anpassungen der Planung auf Grund der Beteiligungen.....	27

1 Anlass der Planung

1.1 Anlass und Ziele der Planung

Der Betrieb des ehemaligen Spanplattenwerks an der Rheindeichstraße ist seit der 2016 beendeten Restnutzung komplett aufgegeben. Die Stadt Duisburg verfolgt das Ziel, diesen gewerblich vorgeprägten Bereich einer neuen Nutzung zuzuführen und darüber hinaus zu arrondieren. Der Bedarf an Flächenausweisungen an gänzlich neuen, bisher nicht vorgeprägten Standorten soll unter anderem dadurch gering gehalten werden. Entsprechend verfolgt die Stadt Duisburg an diesem Standort die Erweiterung des im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 35 festgesetzten Gewerbegebiets in Richtung Norden um ca. 3,2 ha. Im Flächennutzungsplan ist bereits eine ca. 0,4 ha Teilfläche als nutzungsbeschränkte Industriefläche dargestellt, die über den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 35 hinausgeht. Diese wurde in Vergangenheit bereits gewerblich, als Holzlager, genutzt. Der Änderungsbereich Nr. 4.30 des Flächennutzungsplans hat demnach eine Größe von ca. 2,8 ha.

Für die in diesem FNP-Änderungsverfahren betroffene Erweiterungsfläche liegen städtebauliche Entwicklungskonzepte vor, die gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen sind.

Die Eigentümerin des ehemaligen Werksgrundstücks und der hier behandelten Erweiterungsfläche im Norden beabsichtigt, diese vollständig und einheitlich für eine Nutzung als Gewerbepark zu entwickeln. Südlich des FNP-Änderungsbereichs Nr. 4.30 hat die Eigentümerin auf Grundlage des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 35 bereits mit der Umsetzung der Planung begonnen. Parallel erfolgt für die Gesamtfläche die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“.

Durch die Flächennutzungsplan-Änderung kann eine zügige Erweiterung und damit einhergehend die Revitalisierung der Gewerbefläche erfolgen. Erweiterung und Revitalisierung sind gemeinsam zu betrachten und haben die Zielsetzung, den Wirtschaftsstandort Duisburg zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und die sehr gute Anbindung an die Bundesautobahn A 42 zu nutzen.

Die Bauleitplanung muss sich mit den Bedingungen in der Umgebung, insbesondere in Bezug auf landschaftliche Einbindung, Lärm und Verkehr auseinandersetzen.

1.2 Erfordernis zur Änderung des Flächennutzungsplans

1.2.1 Derzeitiges Planungsrecht

Im Geltungsbereich der Flächennutzungsplan-Änderung (ca. 2,8 ha) stellt der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Duisburg eine landwirtschaftliche Fläche dar. Als nachrichtliche Übernahmen sind Verbandsgrünfläche, Landschaftsschutzgebiet und Anbauverbotszone gemäß Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) eingetragen. Zur Umsetzung der Planungsziele ist daher für diesen Bereich die Änderung erforderlich. Im Bereich des ehemaligen Spanplattenwerks, das direkt südlich, im Gebiet des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 35, anschließt, stellt der wirksame Flächennutzungsplan ein Industriegebiet (Gle (10)) dar, sodass dort eine Änderung des Flächennutzungsplans nicht erforderlich ist.

Die Flächen innerhalb des Änderungsbereichs sowie insgesamt die Flächen im Bebauungsplangebiet Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ spielen gesamtstädtisch eine bedeutende Rolle bei der Wirtschaftsflächenentwicklung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Durch die Aufgabe und den Abbruch des Spanplattenwerks besteht die Chance, eine sehr gut erschlossene und zusammenhängende Fläche für eine moderne gewerbliche Nutzung zu revitalisieren und zu erweitern.

Im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans, Projekt „Duisburg 2027“, hat der Rat der Stadt Duisburg am 21.09.2015 die Teilräumlichen Strategiekonzepte

(TSK) beschlossen. Hierin ist das Gebiet des Bebauungsplans Nr. 1216 „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ als zu aktivierende bzw. im Norden erweiterbare Wirtschaftsfläche dargestellt. Der Flächennutzungsplan-Vorentwurf (Ratsbeschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 13.03.2017) stellt die Gesamtfläche als Gewerbegebiet dar. Die Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ gehen daher konform mit den langfristigen Entwicklungszielen der Stadt Duisburg.

Der Gesamtraum um das Plangebiet hat jedoch auch eine wichtige ökologische Bedeutung. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplan-Änderung liegt innerhalb eines Regionalen Grünzugs sowie in einem Landschaftsschutzgebiet.

1.3 Wesentliche Auswirkungen der Planung

Durch die Änderung des Flächennutzungsplans entstehen auf einer Fläche von ca. 2,8 ha wesentliche Auswirkungen in Bezug auf Grün- bzw. Freiräume.

Mit der Erweiterung des Gewerbegebiets nach Norden geht ein Verlust von landwirtschaftlich genutzter Fläche einher. Dies erfolgt im Zusammenhang mit den südlich angrenzenden Flächen. Diese sind durch gewerbliche Nutzung vorgeprägt und eignen sich unter anderem aufgrund der guten verkehrlichen Anbindung für eine Weiternutzung. Die Erweiterung ist im Zusammenhang mit der gesamtstädtischen Nachfrage nach Wirtschaftsflächen sinnvoll. Sie erlaubt, die Gewerbefläche z.B. mit Hallenbauten und internen Verkehrsflächen effektiver und flexibler zu nutzen als heute. Im Westen und Norden dieser Fläche befinden sich weitere landwirtschaftlich genutzte Flächen.

Darüber hinaus erfolgt ein Eingriff in einen regionalen Grünzug. Diesbezüglich erläutert der Regionalverband Ruhr, dass gemäß des in Aufstellung befindlichen Ziels 7.1-5 des Landesentwicklungsplans NRW Regionale Grünzüge für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden dürfen, wenn für die siedlungsräumliche Entwicklung keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzugs bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzugs erhalten bleibt. Gemäß der Mitteilung des Regionalverbands Ruhr ist die Durchgängigkeit des Regionalen Grünzugs durch die geringfügige Erweiterung nicht gefährdet.

Mit der Erweiterung des Gewerbegebiets geht darüber hinaus eine räumliche und optische Annäherung an bestehende Wohnnutzungen im Außenbereich einher. Die geringsten Abstände zwischen der Grenze des Geltungsbereichs und Wohnhausfassaden betragen ca. 38 m (im Bereich Rheindeichstraße) und 75 m (im Bereich Kohlenstraße).

Zur Minderung der optischen Einwirkungen erfolgt im Rahmen des parallel aufgestellten Bebauungsplans Nr. 1216 die Festsetzung von Pflanzungen in einer Pufferfläche sowie von maximalen Gebäudehöhen.

2 Situationsbeschreibung

2.1 Lage des Plangebiets

Das Plangebiet liegt im Stadtbezirk Homberg/Ruhrort/Baerl im Ortsteil Baerl. Es wird im Westen von der Anschlussbahn zum Rheinpreußenhafen (Zechenbahn), im Süden von den Grundstücken des ehemaligen Spanplattenwerks und im Westen von der Rheindeichstraße begrenzt. Die nördliche Grenze ist ca. 100 m, z.T. ca. 180 m von der Kohlenstraße entfernt.

2.2 Gebietsbeschreibung und stadträumliche Einbindung

2.2.1 Städtebauliche Struktur

Das Gebiet der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 4.30 -Baerl- wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Die südlich angrenzenden Bereiche wurden in der Vergangenheit durch ein Spanplattenwerk genutzt. In diesem Bereich hat die Eigentümerin auf Grundlage des rechts-

kräftigen Bebauungsplans Nr. 35 bereits mit der Umsetzung der Planung begonnen. So wurden bereits die notwendige Erschließungsmaßnahme sowie ein erstes Hallengebäude realisiert.

Entlang der Rheindeichstraße verläuft ein Damm, der das Plangebiet vor einem Rhein-Hochwasser schützt. Weiter südlich des Plangebiets und südlich des parallel bearbeiteten Bebauungsplangebiets Nr. 1216 befindet sich ein Tanklager, welches als Störfallbetrieb eingestuft ist. Der Änderungsbereich ist vom Achtungsabstand jedoch nicht überlagert. Im Westen verläuft ein privates Bahngleis. Nördlich des Plangebiets sind vereinzelt Wohnhäuser vorhanden.

2.2.2 Verkehr

Das Plangebiet grenzt im Osten ohne Zufahrt an die Rheindeichstraße an. Bei der Rheindeichstraße handelt es sich um die Landesstraße L 287 außerhalb der geschlossenen Ortschaft. Gut einen Kilometer nördlich befindet sich eine Anschlussstelle zur Autobahn A 42 (Kamp Lintfort - Dortmund, AS Duisburg-Baerl).

Bis Mitte 2017 wurden das ehemalige Werksgelände und das südlich befindliche Tanklager über die private Sägewerkstraße erschlossen. Ein neuer Knotenpunkt nördlich der Sägewerkstraße wurde 2017 auf Grundlage des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 35 erstellt. Die Erschließung des Tanklagers erfolgt weiterhin über die Sägewerkstraße.

Entlang der Rheindeichstraße verläuft auf der Seite des Plangebiets ein Mehrzweckstreifen für Fußgänger und Radfahrer. Weitere Fuß- und Radwege mit Anschluss an den Änderungsbereich bestehen nicht. Auf der Rheindeichstraße verkehrt eine Buslinie.

2.2.3 Grün- und Freiraumsituation

Beim Plangebiet handelt es sich zurzeit um eine landwirtschaftlich genutzte Fläche. Entlang der Ränder befinden sich Gehölzstrukturen und Solitärbäume entlang der Rheindeichstraße.

Die Flächen sind als schutzwürdige Böden und als Bodenschutzvorrangflächen eingetragen.

Die Oberkante des Rheindamms liegt in etwa auf dem Niveau des Änderungsbereichs. Bis zum Rhein sind es über die Rheindeichstraße ca. 50 m.

2.2.4 Hochwasser

Das Plangebiet liegt in keinem nach § 76 WHG in Verbindung mit § 83 LWG ordnungsbehördlich festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet, jedoch innerhalb der Überschwemmungsflächen eines extremen Hochwasserereignisses des Rheins. Auf der Planzeichnung zur Flächennutzungsplan-Änderung ist vermerkt, dass sich der Änderungsbereich in einem Risikogebiet im Sinne des § 73 Abs. 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes befindet.

3 Vorgaben und Bindungen

3.1 Regionalplan

Der Regionalplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99) stellt das Plangebiet als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich, überlagert mit Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, dar. Der Planbereich wird darüber hinaus überlagert mit der Darstellung eines regionalen Grünzugs. Gemäß Kapitel 2.1, Ziel 2 des GEP sind die Regionalen Grünzüge als wesentliche Bestandteile des regionalen Freiraumsystems vor allem für die notwendigen Ausgleichsfunktionen der Verdichtungsgebiete gegen die Inanspruchnahme für Siedlungszwecke besonders zu schützen. Die Regionalen Grünzüge sind ihrer Zweckbestimmung entsprechend zu erhalten und zu entwickeln. Planungen und Maßnahmen, die diese Aufgaben und Funktionen beeinträchtigen, sind auszuschließen.

Mit Schreiben des Regionalverbands Ruhr (RVR) vom 29.02.2016 bzw. vom 30.08.2016 im Zuge der Anfrage der Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gemäß § 34 Abs. 1 bzw. Abs. 5 Landesplanungsgesetz NRW stellt der RVR die Übereinstimmung mit den Zielen der Landesplanung fest. Der RVR erläutert, dass gemäß des Ziels 7.1-5 des seit dem 08.02.2017 in Kraft getretenen Landesentwicklungsplans NRW Regionale Grünzüge für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden dürfen, wenn für die siedlungsräumliche Entwicklung keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzugs bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzugs erhalten bleibt. Gemäß dem RVR ist die Durchgängigkeit des Regionalen Grünzugs durch die geringfügige Erweiterung nicht gefährdet. Die Erweiterung kann zudem aufgrund des regionalplanerischen Maßstabs und der daraus resultierenden Unschärfe dem GIB zugeordnet werden.

Insofern steht das Vorhaben nicht im Widerspruch zu den genannten Zielen der Landes- und Regionalplanung.

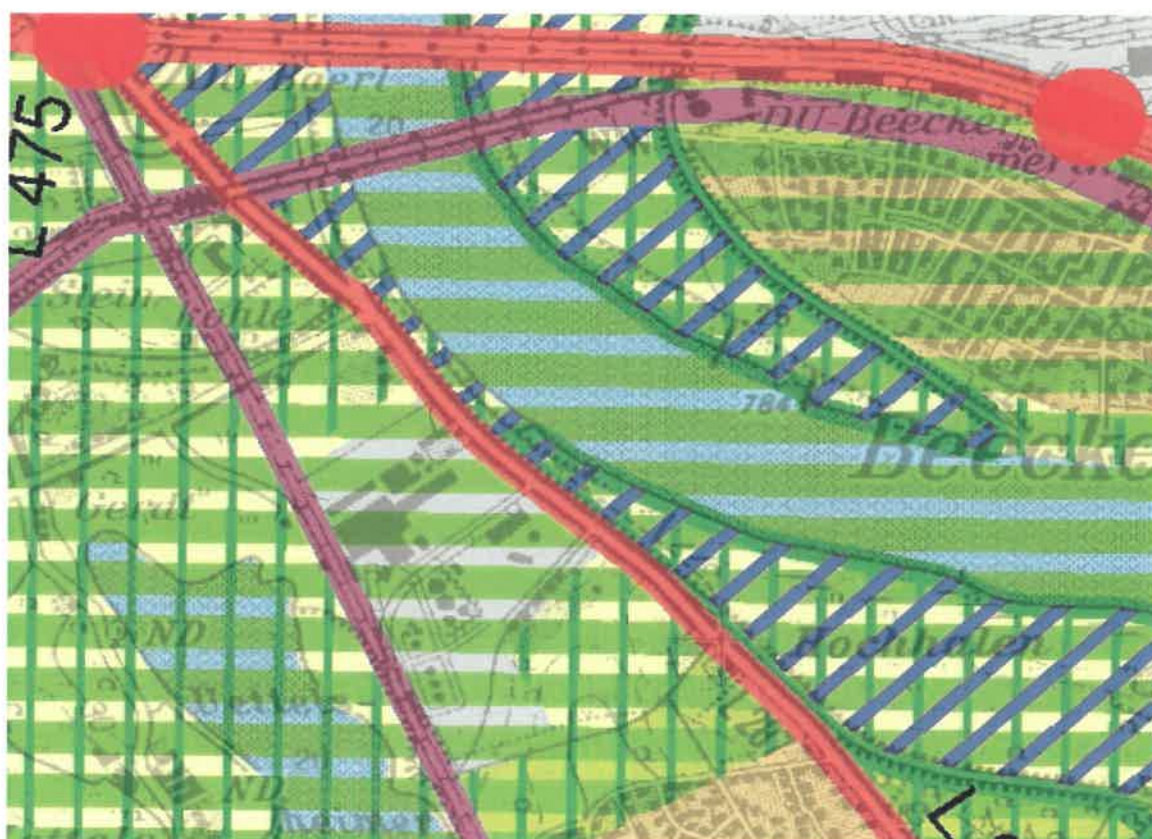


Abb. 1: Regionalplan Düsseldorf (GEP 99), L4506 Duisburg, Ausschnitt - Quelle: Bezirksregierung Düsseldorf

3.2 Flächennutzungsplan

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 4.30 ist im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Duisburg als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Als nachrichtliche Übernahmen sind Verbandsgrünfläche, Landschaftsschutzgebiet und Anbauverbotszone gemäß Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) eingetragen.

Die Zielsetzungen des parallel aufzustellenden Bebauungsplans Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ in seinem nördlichen Bereich, hier soll - wie in seinem Südtail - ein Gewerbegebiet festgesetzt werden, widersprechen den Entwicklungszielen des wirksamen Flächennutzungsplans. Gemäß § 8 Abs. 3 BauGB ist demnach eine entsprechende Änderung des Flächennutzungsplans notwendig. Zu den künftigen Darstellungen siehe Kap. 5.

3.3 Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (Duisburg2027, Teilräumliche Strategiekonzepte)

Sowohl für die in diesem FNP-Änderungsverfahren behandelte Erweiterungsfläche in den heutigen Außenbereich als auch für die Gewerbefläche im Bebauungsplangebiet Nr. 35 liegen städtebauliche Entwicklungskonzepte vor, die gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen sind.

Zu einen handelt es sich um die Teilräumlichen Strategiekonzepte (TSK), die vom Rat der Stadt Duisburg am 21.09.2015 beschlossen wurden (DS 14-0708). Darin ist die Fläche, die südlich des Geltungsbereichs der FNP-Änderung Nr. 4.30 liegt, als zu aktivierende, der Geltungsbereich selbst als neue Wirtschaftsfläche dargestellt.

Zum anderen handelt es sich um den gesamtstädtischen Flächennutzungsplan-Vorentwurf (Ratsbeschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 13.03.2017/DS 16-1355), der die Gesamtfläche als Gewerbegebiet darstellt.

Mit dem Beschluss vom 21.09.2015 zu den TSK fanden Ergänzungen zum TSK-Entwurf statt. Im hier zu betrachtenden Bereich entfielen die Darstellung als Bereich für emittierende Nutzung und die Kennzeichnung als IMPULS-Kompetenzschwerpunkt „Logistik und Verkehr“. Die neue Wirtschaftsfläche wurde auf die Größe der geplanten Erweiterung reduziert.

3.4 Bestehende Bebauungspläne

Das Gebiet der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 4.30 liegt im Außenbereich gemäß § 35 BauGB. Es besteht für diesen Bereich demnach kein Bebauungsplan.

3.5 Landschaftsplan Duisburg

Der Änderungsbereich Nr. 4.30 liegt im Geltungsbereich des Landschaftsplans der Stadt Duisburg mit den Darstellungen Landschaftsschutzgebiet und Gehölzstreifen sowie des Entwicklungsziels Anreicherung.

Gemäß § 20 LNatSchG NRW treten u. a. bei der Änderung eines Flächennutzungsplans im Geltungsbereich eines Landschaftsplans widersprechende Darstellungen und Festsetzungen des Landschaftsplans mit dem In-Kraft-Treten des entsprechenden Bebauungsplans (hier des parallel aufzustellenden Bebauungsplans Nr. 1216) außer Kraft, soweit der Träger der Landschaftsplanung im Beteiligungsverfahren diesem Plan nicht widersprochen hat. Ein widersprechender Beschluss des Rates der Stadt Duisburg liegt nicht vor.

Dieses vom Gesetzgeber vorgegebene Verfahren beinhaltet, dass im Änderungserfahren zum Flächennutzungsplan die naturschutzrechtlichen Belange geprüft werden. Über die Bauleitplanverfahren wird sichergestellt, dass die Eingriffe in die Abwägung eingestellt und ausgeglichen werden.

3.6 Grünordnungs- und Freiraumentwicklungskonzept

Das Plangebiet liegt innerhalb eines Bereichs, für den das Grünordnungs- und Freiraumentwicklungskonzept Aussagen trifft. Dieses Konzept sieht für das Plangebiet einen Bereich für den Erhalt von Räumen mit landschaftlicher Eigenart (Funktionsräume) vor. An der westlichen Grenze ist eine Grünverbindung eingetragen. Das Erhaltungsziel ist für den Änderungsbereich des Flächennutzungsplans nicht umsetzbar. Der nachgelagerte Bebauungsplan sieht jedoch die Festsetzung eines grünen Puffers zur landwirtschaftlichen Fläche vor.

3.7 Biotopverbundkonzept

Das Biotopverbundkonzept sieht für den Änderungsbereich die Erhaltung von Dauergrünland vor. Auch dieses Ziel ist hier nicht umsetzbar. Der nachgelagerte Bebauungsplan sieht jedoch die Festsetzung von Grünflächen, u.a. zu Gunsten des Biotopverbunds, vor.

3.8 Gender Mainstreaming

Als öffentlicher Belang ist Gender Mainstreaming gem. § 1 Abs. 6 Nr. 3 BauGB in der Bauleitplanung zu berücksichtigen. Unter dem Begriff Gender wird das Geschlecht als gesellschaftliche Strukturierungskategorie betrachtet. Die sich hieraus ergebenden spezifischen Lebenssituationen mit unterschiedlichen Bedürfnissen sollen „chancengleich“ behandelt werden. Bei der Planung und Entscheidungsfindung soll auf unterschiedliche Bedürfnisse von Männern und Frauen hingewiesen werden. Gender Mainstreaming ermöglicht die Gestaltung einer Stadt, die für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv ist und gleiche Entwicklungsperspektiven für beide Geschlechter eröffnet. Ziel ist es, Chancengleichheit in der Stadtentwicklungs- und Städtebaupolitik herzustellen, sodass Räume gleichberechtigt durch Mädchen und Jungen, Jugendliche, Frauen und Männer genutzt werden und eine gleichberechtigte Teilhabe an ihnen besteht. Ziel für die Stadtplanung ist es, durch Gender Mainstreaming einen Qualitätsgewinn für die Gebrauchsfähigkeit städtischer Räume, höhere Alltagsauglichkeit und Effektivität der Planung zu erreichen. Gender muss im jeweiligen Planungskontext betrachtet werden.

Eine geschlechtersensible Bauleitplanung bezieht sich unter anderem auf die Aspekte

- Vereinbarkeit von Erwerbs- und Versorgungsarbeit (Siedlungsstruktur),
- Mobilität,
- Freiraumangebot,
- Wohnen,
- Sicherheit,
- Partizipation und Repräsentanz.

Daraus lassen sich folgende Kriterien für die städtebauliche Entwicklung des Planbereichs ableiten:

- Durch die Darstellung eines eingeschränkten Industriegebiets - Gle (10) - lassen sich keine unterschiedlichen Chancengleichheiten für die Geschlechter ableiten.
- Das Freiraumangebot innerhalb des Plangebiets (private Grünflächen), welche im parallel aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 1216 gesichert wird, kann unabhängig vom Geschlecht durch die zukünftigen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter genutzt werden.
- Bzgl. des Mobilitätsverhaltens, des Wohnen (ist ausgeschlossen), der Sicherheit und der Partizipation sind ebenfalls keine Unterschiede erkennbar.

Die Änderung des Flächennutzungsplans wirkt sich somit in vergleichbarer Weise auf die Belange von Männern und Frauen aus. Die Chancengleichheit der Geschlechter ist damit gegeben.

3.9 Bodendenkmal

Im Änderungsbereich (mit den Flurstücken 416 und 417) wurden bei der Sachverhaltsermittlung im Jahr 2016 durch die archäologische Fachfirma ArchBau, Essen archäologische Funde und Befunde der römischen Kaiserzeit des 1. und 2. Jahrhunderts aufgedeckt. Der Befundhorizont befindet sich ca. 0,50 m unter der heutigen Oberfläche. Es handelt sich dabei um Pfostengruben, eventuell eine Brunnengrube und weitere nicht genauer anzusprechenden Bodeneingriffe in Form von Gruben. Die Befunde weisen zum Teil eine Mindestertiefung von 0,15 m auf. Neben Lesefunden konnten aus einem Befund römische Fundstücke geborgen werden. Aufgrund der geringmächtigen Funderhaltung und der zum Teil unsicheren Befundansprache wurde von einer Eintragung als Bodendenkmal abgesehen.

Im nachgelagerten Bebauungsplan Nr. 1216 „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ wurde die Erhaltung und Sicherung vermuteter Bodendenkmale behandelt. Der Bereich wurde zunächst als „Archäologische Verdachtsfläche“ gekennzeichnet.

Während des Bauleitplanverfahrens erfolgte eine Untersuchung der Verdachtsfläche mit Hauptfunderwartung. Es wurden keine Hinweise auf ein vermutetes spätantikes Lagerdorf oder dessen Ausläufer nachgewiesen. Es scheint jedoch eine kleine Villa rustica (kleine Hofanlage) vorzuliegen. Das Fundmaterial belegt, dass es sich um eine römische Anlage des 1. Jahrhunderts handelt, die wohl bis ins 2. Jahrhundert betrieben wurde. Mit der archäologischen Ausgrabung während des Bauleitplanverfahrens wurde die Hauptfundkonzentration erfasst und dokumentiert. Der Gesamtplan der Ausgrabung zeigt, dass die Funde zu den Rändern der Grabungsfläche ausdünnen.

Nach endgültiger Auswertung der Unterlagen ist in der unmittelbaren Umgebung der Ausgrabung das Auftreten von Bodendenkmälern nicht auszuschließen.

Daher wurde im Bebauungsplan die Kennzeichnung einer archäologischen Verdachtsfläche zurück genommen, mit Bezug auf die besondere vorgefundene Situation jedoch der Hinweis auf mögliche archäologische Funde in der Umgebung der Hauptfundkonzentration erweitert und aktualisiert.

4 Städtebauliche Konzeption

4.1 Bebauungskonzept und städtebauliche Intention

Die Eigentümerin beabsichtigt im Änderungsbereich Nr. 4.30 zuzüglich der südlich angrenzenden Grundstücke, welche zurzeit innerhalb des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 35 liegen, einen Gewerbepark zu entwickeln. Auf der Grundlage des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 35 hat die Eigentümerin bereits eine Halle errichtet.

Das Bebauungskonzept, das unterteilbare Hallen und eine Grüneinbindung vorsieht, ist im Änderungsbereich nur im Zusammenhang mit dem neu aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 1216 umzusetzen, welcher den räumlichen und planungsrechtlichen Zusammenhang herstellen wird.

Der nördliche Rand des Änderungsbereichs soll im Rahmen der Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 1216 zur Eingrünung des Plangebiets mit einer privaten Grünfläche gestaltet werden. Darüber hinaus sind weitere Flächen für Pflanzmaßnahmen vorgesehen.

4.2 Erschließung und ruhender Verkehr

Das Plangebiet der FNP-Änderung grenzt im Osten an die Rheindeichstraße. Das städtebauliche Konzept sieht keine direkte Zu- bzw. Abfahrt vom Plangebiet zur Rheindeichstraße vor.

Für das Plangebiet des parallel aufzustellenden Bebauungsplans Nr. 1216 erfolgte während der Aufstellung des Bebauungsplans auf der Grundlage des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 35 bereits eine neue Erschließung. Vorher erfolgte die Erschließung dieses Plangebiets über die Sägewerkstraße. Die Sägewerkstraße dient nach der Errichtung der neuen Einmündung zur Rheindeichstraße nur noch dem südlich angrenzenden Tanklager.

Der Bau der neuen Erschließung erfolgte in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW.

4.3 Entwässerungskonzept

Das Plangebiet liegt im Einzugsgebiet der Kläranlage Gerdt (Anlage der LINEG). Die Entwässerung erfolgt im Mischsystem. Für das Plangebiet besteht Anschlusszwang an das bestehende Kanalnetz. Die abwassertechnische Erschließung des Bebauungsgebiets wurde durch die wasserrechtliche Genehmigung nach § 58 Abs. 1 LWG vom 30.12.1992 genehmigt. Insofern ist hier die Ausnahmeregelung des § 44 Abs. 2 LWG vom 08.07.2016 einschlägig, sodass keine Versickerung vor Ort erfolgt. Daher wird sowohl das Schmutz- wie das Regenwasser komplett an die vorhandene Kanalisation in der Rheindeichstraße angeschlossen.

5 Darstellungen des Flächennutzungsplans

5.1 Geltungsbereich

Innerhalb des Geltungsbereichs (ca. 2,8 ha) liegen folgende Grundstücke:

- Stadt Duisburg, Gemarkung Baerl, Flur 14, Flurstücksnummern 416 und 417

Die genaue Abgrenzung des Plangebiets ist der Planzeichnung zu entnehmen.

5.2 Flächendarstellung

Die Zielsetzungen des parallel aufgestellten Bebauungsplans Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ für den nördlichen Bereich - hier soll, wie auch für die südlichen Bereiche, ein Gewerbegebiet festgesetzt werden - widersprechen den Entwicklungszielen des wirksamen Flächennutzungsplans. Für den Geltungsbereich ist entsprechend der Zielvorstellung der Stadt Duisburg für das Plangebiet die Darstellung eines Gewerbegebiets vorgesehen.

Für den Bereich südlich des Plangebiets bleibt die Darstellung als nutzungsbeschränktes Industriegebiet Gle(10) erhalten. Der Erläuterungsbericht führt zu dem bestehenden nutzungsbeschränkten Industriegebiet [Gle(10)] aus: *„Auf dem nördlichen Teil dieser Fläche befinden sich Anlagen eines Spanplattenwerkes und in dem südlichen Bereich teilweise ein Tanklager. Die Fläche grenzt im Westen unmittelbar an das Erholungsgebiet Uettelsheimer See, das als Bestandteil des Erholungsschwerpunktes Baerler Busch / Lohmannsheide anzusehen ist. Sie ist außerdem den Neubaugebieten im Norden Hombergs benachbart. Die Darstellung dieser Fläche als Industriegebiet erfolgt ausschließlich im Hinblick auf die bestehenden Anlagen. Sie muss jedoch aus Gründen des Umweltschutzes für die benachbarten Wohn- und Erholungsgebiete beschränkt werden. Erforderliche Nutzungsbeschränkungen müssen im Rahmen der rechtsverbindlichen Planung festgesetzt werden.“*

Im parallelen Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan Nr. 1216 ist sowohl die Festsetzung eines Industriegebiets als auch eines Gewerbegebiets erörtert worden. Grundsätzlich wurden demzufolge Nutzungen mit höherem Emissionsverhalten sowohl von der Stadt Duisburg als auch der Grundstückseigentümerin in Erwägung gezogen. Mithilfe der während der Bauleitplanverfahren erstellten Untersuchungen und Beteiligungen wurden die möglichen Nutzungsfestsetzungen den Schutzansprüchen der Umgebung, insbesondere des Wohnens im Außenbereich, gegenübergestellt. Nach Auswertung der frühzeitigen Beteiligungen und Untersuchungsergebnisse erfolgte schließlich die Festsetzung eines Gewerbegebiets im parallel aufgestellten Bebauungsplan Nr. 1216.

Die Festsetzung Gewerbegebiet kann für die südlich des Änderungsbereichs liegenden Bebauungsplanteile wegen der im wirksamen Flächennutzungsplan erfolgenden Einschränkung des Industriegebiets aus der Gle(10)-Darstellung entwickelt werden, sodass für diesen Bereich keine Änderung erfolgen muss.

Der FNP-Änderungsbereich Nr. 4.30 wird als Gewerbegebiet dargestellt. Das Planungsziel, den vorhandenen Wirtschaftsstandort nach Norden zu erweitern und gleichzeitig auf vorhandene, schutzbedürftige Nutzungen im Umfeld Rücksicht zu nehmen, kann mit der Darstellung eines Gewerbegebiets erreicht werden. Die Grenzen des Landschaftsschutzgebiets sowie der Verbandsgrünfläche werden an die neuen Grenzen angepasst (hinsichtlich des Landschaftsschutzgebiets gemäß § 20 Abs. 4 Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW, hinsichtlich der Verbandsgrünfläche gemäß § 5 Abs. 1 Gesetz über den Regionalverband Ruhr (RVR)/Verbandsflächenverzeichnis) und stellen somit die zukünftige Abgrenzung nach dem In-Kraft-Treten des Bebauungsplans Nr. 1216 dar.

Die Anbauverbotszone gemäß Straßen- und Wegegesetz NRW wird unverändert übernommen.

Mit Wirksamkeit der Änderung des Flächennutzungsplans gelten die geplanten Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ (Gewerbegebiet mit Nutzungsbeschränkung sowie Lärmschutzregelungen) als aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

6 Regelungen des parallel aufzustellenden Bebauungsplans Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“

Im Rahmen des parallel aufzustellenden Bebauungsplans werden Regelungen bzgl. der zulässigen Nutzungen getroffen. Es sollen nur solche Anlagen und Betriebe zulässig sein, welche die in Anhang I Spalte 4 der Störfallverordnung (12. BImSchV) genannten Mengenschwellen unterschreiten. Darüber hinaus erfolgt eine Gliederung nach dem Abstanderlass NRW, ferner werden Lärm-Emissionskontingente festgesetzt. Es werden im Bebauungsplanverfahren Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung, zu den überbaubaren Grundstücksflächen, zu den öffentlichen Verkehrsflächen, zu Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen, zu Bepflanzungen und Naturschutz sowie zur Gestaltung getroffen. Auf Ebene des Flächennutzungsplans sind diesbezüglich keine Regelungen zu treffen.

7 Zusammenfassung des Umweltberichts

Im Umweltbericht zur Änderung Nr. 4.30 -Baerl- des Flächennutzungsplans der Stadt Duisburg wurden einleitend Inhalt und Ziele der Planung beschrieben und die Änderungen der Darstellung erläutert. Darüber hinaus wurden die in umfassendem Maße vorhandenen Vorgaben durch Gesetze und Pläne dargestellt. Im zweiten Teil erfolgte die schutzgutbezogene Umweltprüfung. Für jedes Schutzgut erfolgte eine Bearbeitung nach folgendem Schema:

1. Bestandsaufnahme (Beschreibung und Bewertung)
2. Prognose bei Durchführung der Planung (Beschreibung und Bewertung)
3. Maßnahmen zur Begegnung nachteiliger Auswirkungen
4. Prognose bei Nichtdurchführung der Planung (Beschreibung und Bewertung)
5. Ggf. erforderliche Monitoringmaßnahmen

Die hiesige Bewertung der Flächennutzungsplan-Änderung hat nur im Gesamtzusammenhang mit den Flächen des parallel aufzustellenden Bebauungsplans 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ Sinn, sodass sich die Ergebnisse der Umweltprüfung auf diesen Gesamtzusammenhang beziehen. Als Ergebnis lässt sich zusammenfassen, dass keine oder nur unerhebliche Umweltauswirkungen bei den Schutzgütern Mensch/Faktor Lärm, Mensch/Faktor Luft, Mensch/Faktor Licht, Tiere, Erholung, Boden/Faktor Bodenbelastung, Wasser und Kultur- und Sachgüter zu erwarten sind. Voraussetzung hierfür ist zumindest teilweise die Berücksichtigung von Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen, unter deren Einhaltung eine Umweltverträglichkeit zu attestieren ist.

Bedingt umweltverträglich ist das Vorhaben im Hinblick auf die Schutzgüter Pflanzen und Biotope, Landschaft und Landschaftsbild, Schutzgebiete (Landschaftsschutzgebiet betroffen), Boden/Faktor Schutzwürdigkeit und Klima. Hier sind bezüglich der mit den Schutzgütern verbundenen Ziele teils erhebliche negative Auswirkungen zu erwarten oder möglich, die einerseits umfassende Kompensationsmaßnahmen erfordern und auf die andererseits in der planerischen Abwägung eingegangen werden muss.

Mit Hilfe der vertiefenden Begutachtungen (Artenschutzprüfung, Landschaftspflegerischer Begleitplan, Schalltechnische Untersuchung, Verkehrsuntersuchung, Baugrunduntersuchungen, Altlastenuntersuchungen) und des ausgewerteten Daten- und Kartenmaterials sowie der Darstellungen bestehender Pläne und der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der durchgeführten Beteiligungen und öffentlichen Auslegungen konnte eine hinreichende Grundlage für eine umfassende Darstellung der Umweltsituation und Bewertung des möglichen Eingriffs erstellt werden.

8 Auswirkungen der Planung

8.1 Verkehrliche Auswirkungen

Auf dem Gelände eines ehemaligen Spanplattenwerks an der Rheindeichstraße sowie der nördlichen Erweiterungsflächen (FNP-Änderungsbereich) ist der Neubau eines Gewerbeparks geplant. Die straßenseitige Erschließung des Geländes erfolgt über eine neue Zufahrt von der Rheindeichstraße aus. Diese ist bereits auf Grundlage des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 35 umgesetzt.

Im Rahmen des parallel aufzustellenden Bebauungsplanverfahrens wurde durch die Spiekermann GmbH ein Verkehrsgutachten erstellt. Darin wurden die Prognoseverkehrsbelastung im umgebenden Straßennetz ermittelt, Leistungsfähigkeitsnachweise an den vorhandenen betroffenen Knotenpunkten erstellt sowie mögliche Knotenpunktformen der Zufahrt auf ihre Leistungsfähigkeit und Eignung überprüft. Eine Unterteilung der Verkehre auf die Bereiche des ehemaligen Spanplattenwerks bzw. der nördlichen Erweiterungsfläche wäre nicht sachgemäß, da die nördlichen Erweiterungsfläche in direktem Zusammenhang mit den bestehenden ehemals gewerblich genutzten Flächen steht. Insgesamt wurden im Verkehrsgutachten drei Verkehrsverteilungsvarianten untersucht.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die verkehrliche Erschließung des geplanten Gewerbeparks im Duisburger Westen in allen untersuchten Varianten gewährleistet ist. Für das verkehrliche Umfeld des Bauvorhabens sind durch diese Entwicklungen bei Errichtung eines zusätzlichen, leistungsfähigen Knotenpunkts keine Nachteile zu erwarten.

Zum Schutz der Stadtteile Homberg und Ruhrort wird dabei aus Akzeptanzgründen die Ausfahrt von Lastkraftwagen größer 7,5 Tonnen aus dem Gewerbegebiet nach Süden (rechts raus) durch entsprechende Vorkkehrungen mittels eines städtebaulichen Vertrages, nicht durch Bauleitplanfestsetzungen, unterbunden.

Weitere Angaben können der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ entnommen werden.

8.2 Schalltechnische Belange

Im Rahmen des parallel aufzustellenden Bebauungsplanverfahrens Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ wurde eine Schalltechnische Untersuchung durch die Peutz Consult GmbH erstellt. Das Gutachten untersucht dabei den Gewerbelärm gemäß der DIN 18005 in Verbindung mit der TA Lärm sowie mögliche Erhöhungen der Verkehrslärmimmissionen im Umfeld des Plangebiets. Eine Untersuchung rein für den hier zu betrachtenden Erweiterungsbereich erfolgt nicht, da die Erweiterungsflächen im direkten Zusammenhang mit den bestehenden ehemals gewerblich genutzten Flächen stehen. In Bezug auf den Gewerbelärm kommt die Schalltechnische Untersuchung zu dem Ergebnis, dass bei Einhaltung der im parallel aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 1216 festgesetzten Lärmemissionskontingente an allen Immissionsorten die Immissionsrichtwerte eingehalten werden. Darüber hinaus erfolgt eine Überprüfung der Festsetzungen anhand des vorliegenden städtebaulichen Entwurfs auf Plausibilität, welche ebenfalls die Einhaltung der Immissionsrichtwerte ergab.

Da mit der Umsetzung der Planung grundsätzlich auch Auswirkungen auf die schalltechnische Situation aufgrund des Verkehrslärms im Umfeld des Plangebiets zu erwarten waren, wurden diese Belange im Rahmen des oben genannten Lärmgutachtens ebenfalls untersucht. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass in der Umgebung des Plangebiets in allen untersuchten Varianten nur geringfügige Änderungen der Verkehrslärmimmissionen vorliegen. Die Pegelerhöhungen umfassen eine Größenordnung, welche weitergehende Lärmschutzkonzepte für die bestehende Bebauung im Zuge dieser städtebaulichen Planung nicht rechtfertigen.

Weitere Angaben können der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ entnommen werden

8.3 Artenschutz

Im Rahmen der Bauleitplanverfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 4.30 sowie zur parallelen Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1216 wurde eine Artenschutzprüfung der Stufe 1 durch das Büro für Ökologie & Landschaftsplanung erarbeitet (Stand: 31.03.2015). Grundlage für die Einschätzungen ist eine Datenrecherche sowie einer Kartierung der Habitatstrukturen vor Ort.

Nach Auswertung der Daten- und Sachlage ist ein mögliches Vorkommen der Vogelarten Feldlerche, Kiebitz, Wiesenpieper, Feldsperling, Gartenrotschwanz, Kuckuck, Nachtigall, Schwarzkehlchen, Waldohreule und Pirol insbesondere im Bereich der FNP-Änderung nicht gänzlich auszuschließen.

Erhebliche Störungen, die sich aus dem Bau und Betrieb infolge der Umsetzung der Bauleitpläne ergeben, kann es vor allem auf bislang wenig beeinträchtigten Flächen im Umfeld des Plangebiets geben, insbesondere für Arten im ungünstigen oder schlechten Erhaltungszustand. Darüber hinaus sind sowohl durch Störwirkungen als auch durch direkte Lebensraumverluste Zerstörungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten für planungsrelevante Vogelarten nicht auszuschließen. Im weiteren Verfahren wurde daher eine Artenschutzprüfung der Stufe 2 durchgeführt.

Die Artenschutzprüfung Stufe 2 wurde ebenfalls vom Büro für Ökologie & Landschaftspflege erarbeitet. Im Rahmen der durchgeführten Brutvogelkartierung wurden 55 Vogelarten erfasst. Darunter befinden sich elf planungsrelevante Arten (streng geschützte Arten sowie besonders geschützte und gefährdete Arten bzw. Koloniebrüter). Dies sind: Gartenrotschwanz, Graureiher, Kormoran, Lachmöwe, Mäusebussard, Mehlschwalbe, Nachtigall, Rauchschwalbe, Turmfalke, Sturmmöwe und Wanderfalke.

Als Brutvogel kommt lediglich die Nachtigall im Untersuchungsgebiet, allerdings außerhalb des Geltungsbereichs der Flächennutzungsplan-Änderung und überdies auch außerhalb der parallel aufzustellenden Bebauungsplanfläche, vor. Die anderen planungsrelevanten Arten sind Gastvögel im Gebiet. Auf Grundlage der durchgeführten Untersuchungen lässt sich hinsichtlich der Betroffenheit der Vögel keine Beeinträchtigung im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG durch die Bebauungsplanung ausmachen. Als Schutzmaßnahme ist zu beachten, dass die Baufeldfreimachung - insbesondere die Entnahme von Gehölzen - außerhalb der Vogelbrutzeit (01.03. bis 30.09. eines Jahres) stattfinden sollte. Abweichungen hiervon sind denkbar, wenn vorab gutachterlich nachgewiesen wird, dass sich in den beanspruchten Strukturen bzw. auf den Flächen keine Vogelbrut befindet. Dies bedarf vorab der Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde. Unter Beachtung dieser Maßnahme sind weder Tötungen und Verletzungen von Vögeln, noch erhebliche Störungen oder Zerstörungen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten im Sinne des Gesetzes anzunehmen.

Im FNP-Änderungsbereich liegen keine Beeinträchtigungen von Fledermäusen vor. Dies gilt auch für weitere Artengruppen wie Amphibien, Reptilien und diverse Insektengruppen.

8.4 Boden

Bodenverunreinigungen

Innerhalb des Geltungsbereichs der FNP-Änderung Nr. 4.30 liegen keine Bodenverunreinigungen vor, vor allem, da die Flurstücke 417 und 418 nicht Teil gewerblicher Nutzungen waren. Die Flächen werden als Ackerland genutzt. Hier wurde der Oberboden bis 0,5 m/0,6 m Mächtigkeit im Rahmen einer Bodenuntersuchung durchbohrt.

Die Bodenuntersuchungen haben keine relevante Schadstoffbelastung ergeben. Insofern ist nach bisherigem Stand davon auszugehen, dass es bei Aufschlüssen nicht zur Freisetzung

von Schadstoffen über den Boden in das Grundwasser kommt. Da die Fläche in weiten Teilen versiegelt werden kann (und wird), ist der Wirkpfad Boden-Mensch nicht relevant.

Von der Nutzung als Gewerbepark künftig ausgehende Bodenbelastungen sind nicht anzunehmen. Eine erhebliche Beeinträchtigung von Böden durch Schadstoffe ist demnach nicht zu prognostizieren.

Schutzwürdige Böden

Die Karte der schutzwürdigen Böden – Auskunftssystem BK 50 (Geologischer Dienst 2005) zeigt für den Geltungsbereich der FNP-Änderung Nr. 4.30 (Offenlandbereich) „schutzwürdige Böden“. Die Bewertung leitet sich aus der „Fruchtbarkeit“ des Bodens ab. Schutzwürdige Böden aufgrund der Bodenfruchtbarkeit sind grundsätzlich in mehreren Teilen des Stadtgebiets in der entsprechenden Karte des Geologischen Dienstes eingetragen. Durch die flächige Besiedelung der Stadt stellen die noch unversiegelten Teile dieser Flächen einen Wert dar und die Ausweisung eines Gewerbegebiets auf einer solchen Fläche war eigens in die Abwägung einzustellen. Durch die Entwicklung zu einem Gewerbestandort werden große Flächenanteile (ca. 1,7 ha im FNP-Änderungsbereich und ca. 0,4 ha auf dem Flurstück 79) versiegelt, sodass hier die Bodenfunktion verloren geht.

Demgegenüber werden ca. 1,1 ha bepflanzt bzw. in extensive Gras- und Staudenfluren umgewandelt. Auf ca. $\frac{2}{3}$ der Fläche mit schützenswerten Böden kommt es somit zu einem vollständigen Verlust der Bodenfunktionen.

Im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren Nr. 1216 erfolgte eine Bewertung des Bodens auf Basis bestehender Kartenwerke unter Inwertsetzung der Bodenfunktionen gemäß der Arbeitshilfe „Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung“ (LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, 2012). Gemäß dieser Bewertung ergibt sich ein Ausgleichsbedarf für das Schutzgut Boden von 96.962 Ökopunkten. 39.681 Ökopunkte werden zwei externen Ausgleichsmaßnahmen zugeordnet, sodass bezüglich des Schutzguts Boden ein Kompensationsdefizit von 57.281 Ökopunkten verbleibt. Dieses verbleibende Defizit ist monetär auszugleichen (3,33 € je Ökopunkt).

Gemäß den Regelungen des Baugesetzbuches ist der bei den Aushubarbeiten anfallende Mutterboden in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen (§ 202 BauGB).

8.5 Nutzung landwirtschaftlicher Flächen

Die Änderung des Flächennutzungsplans ermöglicht in Verbindung mit dem parallel aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“, eine landwirtschaftlich genutzte Fläche für die Erweiterung des Gewerbegebiets in Anspruch zu nehmen. Seit der Änderung des Baugesetzbuchs im Jahre 2013 ist gemäß § 1a Abs. 2 Satz 2 BauGB die Umwandlung von landwirtschaftlich genutzten Flächen besonders zu begründen.

Aufgrund der guten verkehrlichen Anbindung des gesamten Gewerbestandortes, der guten Verfügbarkeit und des Flächenformats eignet sich der FNP-Änderungsbereich für eine Erweiterung der Gewerbeflächen am diesem Standort. Die Ergänzung des vorhandenen Gewerbegebiets ist sinnvoll, auch wenn hierfür Freiflächen in Anspruch genommen werden müssen. Es handelt sich um eine tatsächliche Ergänzung, die gegenüber der vorhandenen Gewerbefläche im Ausmaß nachgeordnet ist. Die in Anspruch genommene landwirtschaftliche Fläche stellt einen vergleichsweise kleinen Teil der gesamten landwirtschaftlichen Flächen im Norden und Westen des Plangebiets dar.

Die Ausweitung der bestehenden Gewerbegebietsfläche auf heutige Außenbereichsflächen ist in den Beratungen zur Stadtentwicklungsstrategie seit 2007 im Hinblick auf das Ziel der Deckung des Wirtschaftsflächenbedarfes erörtert worden. In der Anlage D zur Beschlussvorlage DS 14-0708 ist unter Nummer 147/Stellungnahme der Verwaltung ausgeführt:

„Die Fläche nördlich der ehemaligen Hornitexfläche verfolgt das Ziel, die bereits bestehende Wirtschaftsfläche zu arrondieren. Dies entspricht dem strategischen Ziel, vorhandene Wirtschaftsbereiche sinnvoll zu ergänzen. Von der Entwicklung als Wirtschaftsfläche sind folgende Umweltbelange betroffen: Es handelt sich um einen naturnahen Boden, die Fläche ist Teil des klimatischen Ausgleichsraums, sie ist ein schützenswertes Biotop nach Grünordnungs- und Freiraumentwicklungskonzept und befindet sich in einem regionalen Grünzug. Für die sinnvolle Ergänzung des Angebots an Wirtschaftsflächen wird weiterhin an der Planung als Wirtschaftsfläche festgehalten.“

Im Laufe der Beratungen ist zwischenzeitlich eine noch größere Erweiterungsfläche diskutiert worden. In der Anlage F zum Beschluss „Teilräumliche Strategiekonzepte (TSK) - Räumliche Ziele“ (DS 14-0708) ist dies unter der Flächennummer 441-15 dargestellt.

Ausführliche Ermittlungen zur Flächennutzung sind im Rahmen der Stadtentwicklungsstrategie2027 bzw. Strategie für Wohnen und Arbeiten erstellt worden.

Die Strategie für Wohnen und Arbeiten wurde am 12.12.2011 vom Rat der Stadt beschlossen (DS 11-1770). Hierin ist unter „Wirtschaftsflächen und Gewerbegebiete“ ausgeführt, dass sich in den Gewerbegebieten der Stadt seit 1985 eine dynamische Entwicklung vollzogen und sowohl die Anzahl der Betriebe als auch die Anzahl der Arbeitsplätze deutlich zugenommen hat. Der Bedarf an neuen Industrie- und Gewerbeflächen für die Stadt Duisburg wird mit über 200 ha beziffert:

„Die Auswertung der Gewerbe- und Industrieflächenbilanz der Stadt Duisburg und die vorgelegte Flächenbetrachtung der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr (WMR) beziffern für Duisburg aus heutiger Sicht ein mögliches aktivierbares Flächenpotenzial von rund 250 ha (Nettofläche). Im Eigentum der Stadt Duisburg befinden sich nur rund 21 der insgesamt 250 ha aktivierbarer Flächen. Es besteht allerdings bei ca. 77 % dieser aktuell ungenutzten Wirtschaftsflächen ein Entwicklungsbedarf in Form von erheblichen Aufbereitungs- und/oder Erschließungskosten, welche in Relation zu den erzielbaren Verkaufspreisen regelmäßig das wesentliche Hemmnis bei der Aktivierung von Flächenpotenzialen darstellen.“

Detailliert erfolgte in Form der „Flächensteckbriefe“ eine Erfassung von Potenzialen und Restriktionen bis auf einzelne Flächen hinunter, womit gleichzeitig eine Ermittlung der Potenziale von Innenbereichsflächen gemäß § 1 a Abs. 2 BauGB vorliegt. Die Flächensteckbriefe sind als Bestandteile der Teilräumlichen Strategiekonzepte vom Rat der Stadt beschlossen worden (Anlage F zur Beschlussvorlage "Teilräumliche Strategiekonzepte (TSK) - Räumliche Ziele" (DS 14-0708) - Flächensteckbriefe).

Die Erweiterung der Wirtschaftsfläche im FNP-Änderungsbereich Nr. 4.30 erfolgt im engen räumlichen Zusammenhang mit der Revitalisierung eines Gebiets, das auf Grund der Verkehrserschließung, der Flächengröße, des Flächenzuschnitts, der privaten Eigentumsverhältnisse und der planungsrechtlichen Voraussetzungen typische Entwicklungshemmnisse nicht aufweist und daher besonders geeignet für eine Aktivierung ist.

Eine überschlägige Gegenüberstellung der in den Teilräumlichen Strategiekonzepten neu dargestellten Bauflächen und der derzeitigen Realnutzung ergibt, dass bei einer Entwicklung aller dargestellten Bauflächen eine Inanspruchnahme von rd. 170 ha Freiraum im Planungszeitraum erfolgen würde. Im Gegenzug ist die Entwicklung von ca. 130 ha neuen Grünflächen vorgesehen, sodass per Saldo gesamtstädtisch rd. 40 ha Freiraum in Anspruch genommen werden würden.

8.6 Störfallbetrieb

Bei dem Tanklager südlich des Plangebiets (südlich der Sägewerkstraße) handelt es sich um einen Störfallbetrieb, der einen Achtungsabstand von 200 m besitzt. Der Geltungsbereich der Änderung Nr. 4.30 des Flächennutzungsplans liegt dabei außerhalb des Achtungsabstands.

8.7 Klimawandel

Vor dem Hintergrund des zukünftigen Klimawandels und ansteigender Klimabelastung sind die Belange des Klimas bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen.

Im gesamten Bereich der Flächennutzungsplan-Änderung führt die Planung zu einem Verlust von unversiegelten Flächen, da die Flächen derzeit als landwirtschaftliche Flächen genutzt werden. Die Planung ist jedoch im Zusammenhang mit dem parallel aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 1216 zu sehen. Dieser hat das Ziel, größtenteils bereits versiegelte und anthropogen veränderte Flächen wieder in Anspruch zu nehmen. Die Reaktivierung dieser Wirtschaftsfläche dient somit im Zusammenhang mit der Änderung des Flächennutzungsplans insgesamt dem Schutz von Freiflächen. Teile der derzeit unversiegelten Flächen werden darüber hinaus im parallel aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ als Grünflächen und als Flächen zum Anpflanzen festgesetzt.

9 Kosten

Durch das Planverfahren entstehen für die Stadt Duisburg keine Kosten. Die Übernahme von externen Kosten, z.B. für die Erstellung der Gutachten und die Erarbeitung des Bebauungsplans, durch den Investor wird über einen städtebaulichen Vertrag geregelt.

10 Gutachten

Folgende Gutachten wurden u.a. im Rahmen der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 4.30 sowie des parallelen Bebauungsplanverfahrens Nr.1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ erstellt. Dabei beziehen sich die Gutachten schwerpunktmäßig auf den Bebauungsplan, da dieser die genaueren Vorgaben formuliert. Die Ergebnisse der Gutachten können jedoch ebenfalls für die Flächennutzungsplan-Änderung herangezogen werden und wurden somit auch für die Begründung und den Umweltbericht dieser Flächennutzungsplan-Änderung verwendet:

- Orientierende Altlastenuntersuchung auf drei Grundstücken an der Rheindeichstraße in Duisburg (Erweiterung GHP-Werk), 12.11.2007, AWIA Umwelt GmbH, Am Leinekanal 4, 37073 Göttingen
- Gutachterliche Stellungnahme 03 - Übersicht über die altlasten- und umwelttechnische Begleitung bei der Realisierung des 1. Bauabschnitts der Projektfläche Gewerbepark Rheindeich 47199 Duisburg, 13.02.2017, GEOlogik Wilbers & Oeder GmbH, Kerstingskamp 12, 48159 Münster
- Verkehrsgutachten zum Bebauungsplan Nr. 1216, Neubau eines Gewerbe Parks an der Rheindeichstraße in Duisburg, Februar 2017, Spiekermann GmbH Consulting Engineers, Fritz-Vomfelde-Str. 12, 40547 Düsseldorf
- Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ in Duisburg, 13.02.2017, Peutz Consult GmbH, Kolberger Straße 19, 40599 Düsseldorf
- Artenschutzprüfung Stufe 1 zum Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“, 31.03.2015, Büro für Ökologie & Landschaftsplanung, Wilhelmbusch 11, 52223 Stolberg
- Artenschutzprüfung Stufe 2 zum Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“, 07.09.2015, Büro für Ökologie & Landschaftsplanung, Wilhelmbusch 11, 52223 Stolberg
- Landschaftspflegerischer Begleitplan zum Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“, Entwurf, 27.02.2018, Büro für Ökologie & Landschaftsplanung, Wilhelmbusch 11, 52223 Stolberg

- Archäologische Ausgrabung, Prospektion & Baudokumentation Duisburg NI 2016/1035, Zwischenbericht zur Sachverhaltsermittlung, ohne Datum, ARCHBAU GmbH, Engelsruh 41, 45133 Essen
- Archäologische Ausgrabung, Prospektion & Baudokumentation Duisburg NI 2016/1035, 2. Zwischenbericht zur Sachverhaltsermittlung, ohne Datum, ARCHBAU GmbH, Engelsruh 41, 45133 Essen
- Archäologische Ausgrabung, Prospektion & Baudokumentation Duisburg NI 2016/1035, Abschlussbericht zur Sachverhaltsermittlung, ohne Datum, ARCHBAU GmbH, Engelsruh 41, 45133 Essen
- Archäologische Ausgrabung, Prospektion & Baudokumentation Duisburg NI 2017/1041, Archäologische Ausgrabung Duisburg-Baerl, BPl. 1216, Rheindeichstraße, ohne Datum, ARCHBAU GmbH, Engelsruh 41, 45133 Essen

11 Darstellung des Bauleitplanverfahrens / Abwägungsprozesses

11.1 Darstellung des Verfahrensablaufes

Der Aufstellungsbeschluss sowie der Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 4.30 -Baerl- (DS 16-0473) erfolgte in der Ratssitzung am 20.06.2016. Die bis zur öffentlichen Auslegung erforderlichen Beteiligungsschritte fanden bereits mit dem parallel aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ statt. Für dieses Bebauungsplanverfahren hatte der Rat der Stadt mit der DS 15-0039 am 02.03.2015 die Aufstellung beschlossen. Der Beschluss wurde am 15.04.2015 bekannt gemacht.

Zur Erfassung der erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt und zur Ermittlung der Anforderungen an den Umweltbericht fand am 26.03.2015 ein Scopingtermin statt.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 23 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) fand für beide Bauleitplanverfahren am 10.12.2015 statt (DS 15-1356 für die FNP-Änderung, DS 15-1357 für den Bebauungsplan). Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom 24.02.2016 bis 29.03.2016. Ziel dieser Beteiligung war auch, im Sinne des § 4 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 2 Abs. 4 BauGB den Umfang und den Detaillierungsgrad für die Umweltprüfungen zu bestimmen.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte anschließend mit Schreiben vom 10.08.2016 bis zum 14.09.2016. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte im Zeitraum vom 11.08.2016 bis einschließlich 14.09.2016 (DS 16-0473). Parallel wurden die Verfahrensschritte für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ durchgeführt (DS 16-0472).

Aufgrund der Anpassungen in der Begründung einschließlich des Umweltberichts nach der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurde die erste erneute öffentliche Auslegung erforderlich. Diese wurde gemäß § 3 Abs. 2 § in Verbindung mit 4a Abs. 3 BauGB durch den Rat der Stadt am 08.05.2017 beschlossen (DS 17-0261). Parallel wurde auch die erste erneute öffentliche Auslegung für den Bebauungsplan Nr. 1216 beschlossen (DS 17-0264). Die erste erneute öffentliche Auslegung beider Planverfahren wurde in der Zeit vom 29.05.2017 bis einschließlich 30.06.2017 durchgeführt. Gleichzeitig erfolgte die erste erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Aufgrund der Darstellungsänderung in Gewerbegebiet und von Anpassungen der Begründung einschließlich des Umweltberichts nach der ersten erneuten öffentlichen Auslegung wurde die zweite erneute öffentliche Auslegung erforderlich. Diese wurde mit der DS 17-1071 durch den Rat der Stadt am 17.11.2017 beschlossen. Ebenso wurde mit der DS 17-

1069 die zweite erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr. 1216 beschlossen. Die zweite erneute öffentliche Auslegung beider Planverfahren wurde in der Zeit vom 17.01.2018 bis 31.01.2018 durchgeführt. Stellungnahmen konnten nur zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen abgegeben werden.

Die zweite erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, ebenfalls nur zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen, erfolgte in der Zeit vom 15.01.2018 bis zum 31.01.2018.

Die vorgebrachten Stellungnahmen wurden ausgewertet. Das Ergebnis ist der Begründung unter Punkt 11.2 zu entnehmen.

Die im Rahmen aller öffentlichen Auslegungen vorgebrachten Stellungnahmen werden ausgewertet und dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorgelegt.

11.2 Zusammenfassung der Ergebnisse der Beteiligung

11.2.1 Frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 23 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) fand am 10.12.2015 statt.

Es wurden zu folgenden Themengruppen Fragen gestellt sowie Bedenken und Anregungen geäußert. Im Rahmen dieses Dokuments werden nur Punkte wiedergegeben, die einen Bezug zur Flächennutzungsplan-Änderung haben. Die weiteren vorgetragenen Anregungen und Bedenken sind den Unterlagen zum Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ zu entnehmen.

Zur geplanten Nutzung als Gewerbepark:

- Es wurde nach konkreten Nutzungen und Nutzern gefragt
- Es wurde nach der voraussichtlichen Zahl der Arbeitsplätze gefragt
- Es wurde die Eignung des Gebiets für Logistikbetriebe bezweifelt
- Es wurde bezweifelt, dass noch keine Nutzer feststehen
- Es wurde gefragt, ob öffentliche Fördermittel in Anspruch genommen werden

Zum entstehenden Verkehrsaufkommen:

- Es wurde das erwartete Lkw-Verkehrsaufkommen kritisiert
- Es wurde gefragt, ob der Bahnanschluss genutzt werden soll

Zu ökologischen Fragen:

- Es wurde die Umwandlung des Landschaftsschutzgebiets kritisiert
- Es wurde gefordert, dass der ökologische Ausgleich gebietsnah erfolgt
- Es wurde nach der Darstellung im Regionalplan gefragt
- Es wurde gesagt, dass im Gebiet eine Grünverbindung geplant ist
- Es wurde auf die jetzige Darstellung im Flächennutzungsplan hingewiesen
- Es wurde gesagt, dass eine Frischluftschneise gestört wird

Zur städtebaulichen Einbindung:

- Eine Wertminderung für angrenzende Grundstücke wurde konstatiert

11.2.2 Frühzeitige Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom 24.02.2016 bis zum 29.03.2016.

In diesem Zusammenhang haben folgende Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange keine Betroffenheit erklärt bzw. keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken zu den beiden Bauleitplanverfahren geäußert:

- Air Liquide Deutschland GmbH
- Amprion GmbH
- Deutscher Wetterdienst
- Evonik GmbH
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung GFW Duisburg
- Gelsenwasser AG
- Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
- Nord-West Oelleitung GmbH
- STEAG GmbH
- Unitymedia NRW GmbH
- Vodafone GmbH

Folgende Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange haben Hinweise gegeben, die in der Begründung berücksichtigt wurden, soweit erforderlich:

- Amt 37-41 (Feuerwehr und Zivilschutzamt) zum Löschwasserbedarf
- Amt 62-23 (Erschließung, Städtebauliche Verträge, Straßenrecht) zur Schließung eines städtebaulichen Vertrags und zu dessen Voraussetzungen und Inhalten
- Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6, zur Lage des Plangebiets über einem Bergwerksfeld und einem Bewilligungsfeld
- Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, DVV, zu Gas-, Wasser- und Stromleitungen
- Geologischer Dienst NRW zur Erdbebengefährdung
- LINEG zur Berücksichtigung der Entwurfswerte der Abwasserpumpanlage beim Entwässerungskonzept
- PLEdoc GmbH zur möglichen Betroffenheit von Versorgungseinrichtungen auf externen Ausgleichsflächen
- RAG AG zur benachbarten privaten Bahntrasse
- Wasser- und Schifffahrtsamt Duisburg-Rhein zur Lage außerhalb des Überschwemmungsgebiets des Rheins

Folgende Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange haben Anregungen zu Inhalten der Gutachten (für beide Bauleitplanverfahren, Nr. 4.30 und 1216) sowie zu den Entwürfen der Bauleitpläne gegeben:

- Amt 31-11 (Amt für Umwelt und Grün)
- Amt 61-21 (Verkehrlicher Immissionsschutz)
- Amt 62-33 (Amt für Baurecht und Bauberatung)
- Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat 53

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., BUND
- Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
- Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
- LVR - Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland
- Regionalverband Ruhr, RVR, Bereich Umwelt Referat 11
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR, WBD-SI 11
- Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft m.b.H.

11.2.3 Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom 11.08.2016 bis zum 14.09.2016. Größtenteils wurden dabei Bedenken und Anregungen in Bezug auf den Bebauungsplan geäußert. Im Rahmen der nachstehenden Aufführung erfolgt ausschließlich eine Wiedergabe der Themen mit Bezug auf die FNP-Änderung. Die weiteren zum Bebauungsplan vorgetragenen Bedenken und Anregungen sind den Unterlagen zum Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ zu entnehmen.

Zur geplanten Nutzung als Gewerbepark:

- Es wurde gefordert, dass bei Umsetzung der Planung eine zahlenmäßig relevante Anzahl von Arbeitsplätzen entsteht
- Es wurde gefordert, keine Nutzung über 365 Tage / Jahr, 24 h / Tag bzw. am Wochenende bzw. an Sonn- und Feiertagen zuzulassen

Zur Ausgestaltung des Gewerbegebiets:

- Es wurde gefordert, die Abstandsflächen des Gewerbegebiets zu der bestehenden Wohnbebauung zu vergrößern; zum Teil wurde ein Abstand von mindestens 25 m von allen Grundstücksgrenzen gefordert
- Es wurde gefordert, dass Logistikzentrum zu verkleinern

Zur Lärmthematik:

- Es wurde gefordert, die Lärmbelastung zu minimieren

Zur Verkehrsthematik:

- Es wurde gefordert, das Verkehrsaufkommen zu minimieren
- Es wurde gefordert, eine Verbindung vom Uettelsheimer See zum Rheinvorland einzuplanen und umzusetzen
- Es wurde gefordert, Transportfahrzeuge und Lkw unter 7,5 Tonnen in die Umwelt- und Verkehrsgutachten aufzunehmen
- Es wurde gefordert, die Deaktivierung des Gleisanschlusses festzuschreiben
- Es wurde gefordert, den Gleisanschluss wieder zu reaktivieren

Zu Ausgleichsmaßnahmen:

- Es wurde angeregt, den landschaftspflegerischen Fachbeitrag zu überarbeiten

Zu weiteren Umweltthemen:

- Es wurde befürchtet, dass die Nachtigallen in den angrenzenden Gebieten vertrieben werden
- Es wurde gefordert, das angrenzende Naherholungsgebiet nicht zu beeinträchtigen

- Es wurde gefordert, eine Frischluftschneise von mindestens 30 m / 50 m Breite (unterschiedliche Breitenangaben in verschiedenen Stellungnahmen) zu erhalten bzw. zu errichten

Zur Erweiterung des Plangebiets in Richtung Norden:

- Es wurde gefordert, auf die Erweiterung des Gewerbegebiets in Richtung Norden und somit auf die FNP-Änderung zu verzichten
- Es wurde gefordert, das Landschaftsschutzgebiet zu erhalten
- Es wurde befürchtet, dass wertvolle Erholungsflächen dem Profit geopfert werden
- Es wurde gefordert, den Regionalen Grünzug zu erhalten

Zum allgemeinen Planungsrecht:

- Es wurde dargelegt, dass beide Bauleitpläne gegen die Ziele der Raumordnung (Regionalplan) verstoßen würden

11.2.4 Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom 09.08.2016 bis zum 14.09.2016.

In diesem Zusammenhang haben folgende Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange keine Betroffenheit erklärt bzw. keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert:

- Amt 61-21 (Verkehrlicher Immissionsschutz)
- Fernwärme Duisburg
- Niederrheinische IHK
- PLEdoc GmbH

Folgende Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange haben Anregungen zu Inhalten der Gutachten (für beide Bauleitplanverfahren, Nr. 4.30 und 1216) sowie zu den Entwürfen der Bauleitpläne gegeben:

- Amt 31-11 (Amt für Umwelt und Grün)
- Amt 62-33 (Amt für Baurecht und Bauberatung)
- Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat 22
- Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat 53
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., BUND
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung GFW Duisburg
- Landesbetrieb Straßen.NRW
- LINEG
- LVR - Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland
- Netze Duisburg GmbH
- Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft mbH
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg (WBD-A)
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg (WBD-SI11)

11.2.5 Erste erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB

Die erste erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB erfolgte in der Zeit vom 29.05.2017 bis zum 30.06.2017. Größtenteils wurden dabei Bedenken und Anregungen in Bezug auf den Bebauungsplan geäußert. Im Rahmen der nachstehenden Aufführung erfolgt ausschließlich eine Wiedergabe der Themen mit Bezug auf die FNP-Änderung. Die weiteren zum Bebauungsplan vorgetragenen Bedenken und Anregungen sind den Unterlagen zum Bebauungsplan Nr. 1216 -Baerl- „Gewerbegebiet Rheindeichstraße“ zu entnehmen.

Zur geplanten Nutzung als Gewerbepark:

- Es wurde bemängelt, dass es sich um die faktische Schaffung eines Industriegebiets und nicht eines Gewerbegebiets handelt; die Einstufung als Industriegebiet wurde kritisiert
- Es wurde die unterschiedliche Darstellung von einem eingeschränkten Industriegebiet (FNP) und Gewerbegebiet (Bebauungsplan) kritisiert
- Es wurde gefordert, die Betriebszeiten bzw. Nutzungsdauern zu beschränken (Wochentage, Uhrzeiten); ebenso wurde der Ausschluss eines Nachtbetriebs gefordert
- Es wurde kritisiert, dass eine Schaffung neuer Arbeitsplätze pauschal als positiv gesehen wird; die Qualität der Arbeitsplätze müsse hochwertig sein

Zur Ausgestaltung des Gewerbegebiets:

- Es wurde gefordert, die Abstandflächen des Gewerbegebiets zu der bestehenden Wohnbebauung zu vergrößern
- Es wurde gefordert, dass Logistikzentrum zu verkleinern

Zur Lärmthematik:

- Es wurde gefordert, die Lärmbelastung zu minimieren

Zur Verkehrsthematik:

- Es wurde gefordert, die Verkehrsbelastung zu minimieren
- Es wurde gefordert, eine Verbindung vom Uettelsheimer See zum Rheinvorland einzuplanen und umzusetzen
- Es wurde gefordert, die Deaktivierung des Gleisanschlusses festzuschreiben
- Es wurde gefordert, auch im Verkehrsgutachten den Schiffsverkehr in Bezug auf Feinstaub und Stickoxide zu berücksichtigen
- Es wurde gefordert, die Kreuzung Kohlenstraße / Rheindeichstraße, insbesondere aufgrund einer möglichen Wohnbebauung an der Elisenstraße und in Moers sowie aufgrund der Pferdeklinik, nicht zu einem neuen großen Verkehrsknotenpunkt werden zu lassen

Zu weiteren Umweltthemen:

- Es wurde kritisiert, dass nicht über die wirklichen Umweltauswirkungen informiert worden sei
- Es wurde gefordert, das angrenzende Naherholungsgebiet nicht zu beeinträchtigen
- Es wurde gefordert, die Frischluftschneise zu sichern bzw. ein Gutachten zur Luftleitbahn zu erstellen
- Es wurde kritisiert, dass die Artenvielfalt durch die Überplanung der Grünfläche bedroht würde

- Es wurde gefordert, die Habitate von Nachtigallen und Fledermäusen zu erhalten bzw. die genannten Tierarten zu schützen; ebenso wurde befürchtet, dass die Jagdgebiete des Bussards beschränkt würden
- Es wurde befürchtet, dass die Zugvögel, welche in den Rheinauen überwintern, nicht ausreichend berücksichtigt wurden
- Es wurde gefordert, den Ausstoß von Stickoxiden des Schiffverkehrs in die Umweltberichte zu den Bauleitplanverfahren aufzunehmen; es wurde eine entsprechende Simulation gefordert
- Es wurde kritisiert, dass der „Flächenfraß“ immer nur als Einzelauswirkung, nicht jedoch in Summe sämtlicher Maßnahmen bewertet würde
- Es wurde gefordert, die klimatischen Auswirkungen der Planung zu untersuchen
- Es wurde gefordert, einen Hitzeaktionsplan zu erstellen
- Es wurde dargestellt, dass das Plangebiet in der Umweltzone der Stadt Duisburg liege und dadurch erhöhte Anforderungen an die Umweltverträglichkeitsprüfung bestehen würden

Zur Erweiterung des Plangebiets in Richtung Norden:

- Es wurde gefordert, auf die Erweiterung des Gewerbegebiets in Richtung Norden und somit auf die FNP-Änderung zu verzichten
- Es wurde gefordert, das Landschaftsschutzgebiet zu erhalten; sollte das Landschaftsschutzgebiet nicht erhalten werden können, sei eine entsprechende Abwägung mit allen abwägungsrelevanten Belangen notwendig
- Es wurde gefordert, den Regionalen Grünzug zu erhalten

Zum allgemeinen Planungsrecht:

- Es wurde dargelegt, dass beide Bauleitpläne gegen die Ziele der Raumordnung (Regionalplan) verstoßen würden
- Es wurde kritisiert, dass frühere Gutachten und angegebene Quellen der Gutachten nicht allgemein verfügbar sind
- Es wurde gefordert, die öffentliche Auslegung auf acht Wochen mit Einsichtnahmen auch an Samstagen zu verlängern
- Es wurde kritisiert, dass die Öffnungszeiten während der öffentliche Auslegung nicht ausreichend waren (u.a. 08:00 bis 16:00 Uhr nicht ausreichend)
- Es wurde kritisiert, dass eine vollständige Einsichtnahme vor Ort nicht möglich war
- Es wurde die Form der Bekanntmachung im Amtsblatt kritisiert, insbesondere dass dort der Hinweis, dass Gutachten an einem anderen Ort einsehbar seien, erst ganz zum Schluss aufgeführt worden ist
- Es wurde kritisiert, dass die Beteiligung im Internet nicht bzw. nicht ausreichend bzw. übersichtlich genug durchgeführt wurde
- Es wurde kritisiert, dass die der Bevölkerung vorgelegten Unterlagen nicht geeignet seien, sich einen Überblick zu verschaffen, welche Konsequenzen sich aus dem Projekt ergeben
- Es wurde kritisiert, dass die Gutachter nicht ausreichend qualifiziert für die Aufgabenstellungen seien
- Es wurde kritisiert, dass das Stadthaus nicht barrierefrei zu sein scheint bzw. dass keine Sitzmöglichkeiten vor den ausgehängten Unterlagen bestanden

- Es wurde gefordert, den Verkauf des Schutzgebiets durch die Sparkasse zu untersuchen, Verdacht auf Untreue
- Es wurde kritisiert, dass beim nahe gelegenen Schacht Gerdt (versiegelte Fläche) eine sogenannte Verhinderungsplanung erfolgen würde, während in dem hier zu betrachtenden Bauleitplanverfahren ein Landschaftsschutzgebiet geopfert würde
- Es wurde befürchtet, dass es sich bei der Investorin um eine Briefkastenfirma handelt

11.2.6 Erste erneute Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB

Die erste erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB erfolgte in der Zeit vom 29.05.2017 bis zum 30.06.2017.

In diesem Zusammenhang haben folgende Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange keine Betroffenheit erklärt bzw. keine oder keine wesentlich neuen Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert:

- Amt 37-41 (Feuerwehr und Zivilschutzamt)
- Dezernat II-KuB (Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz)
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung GFW Duisburg
- LINEG
- Netze Duisburg GmbH
- Niederrheinische IHK
- PLEdoc GmbH
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg (WBD-A11)

Folgende Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange haben Anregungen zu Inhalten der Gutachten (für beide Bauleitplanverfahren, Nr. 4.30 und 1216) sowie zu den Entwürfen der Bauleitpläne gegeben.

- Amt 31-11 (Amt für Umwelt und Grün)
- Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat 53
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., BUND
- Landesbetrieb Straßen.NRW
- Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft mbH
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg (WBD-SI11)

11.2.7 Zweite erneute öffentliche Auslegung gemäß §3 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB

Die zweite erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB erfolgte in der Zeit vom 17.01.2018 bis zum 31.01.2018. Stellungnahmen konnten nur zu folgenden ergänzten bzw. geänderten Teilen abgegeben werden:

- zur zeichnerischen Darstellung Gewerbegebiet und zu Teilen der Begründung einschließlich des Umweltberichts, die sich mit der Darstellung Gewerbegebiet befassen,
- zu Teilen der Begründung einschließlich des Umweltberichts, die sich mit der Bilanzierung und dem Ausgleich für den Eingriff in schutzwürdige Böden befassen,
- zu Teilen der Begründung einschließlich des Umweltberichts, die sich mit der archäologischen Untersuchung befassen.

Es wurden zahlreiche Stellungnahmen abgegeben, die sich nicht auf die ergänzten bzw. geänderten Teile der Flächennutzungsplan-Änderung beziehen und in denen im Wesentlichen die Bedenken und Anregungen aus den vorangegangenen Beteiligungen wiederholt werden.

Zu den ergänzten und geänderten Teilen wurden Bedenken und Anregungen geäußert:

- Es gebe kein Bauflächenmanagement und die Flächenversiegelung nehme zu
- Potenziale und Wechselbeziehungen von Böden, z.B. für Klimaschutz, Flora und Fauna, Luftfilterung sowie den Wasserkreislauf, seien nicht richtig berücksichtigt
- Das Hochwasserrisiko sei erhöht und ein Regenwasserkonzept fehle
- Der ortsferne und der finanzielle Ausgleich für den Eingriff in den Boden sei nicht akzeptabel, es seien näher gelegene Entsiegelungsflächen vorhanden
- Die Qualität der externen Entsiegelungen zum Ausgleich sei nicht zu beurteilen
- Eine Auflage, Dachflächenwasser zu versickern, sei sinnvoll
- Die Gesundheit der Bevölkerung sei durch die Bodenversiegelung in Gefahr
- Ergebnisse und Folgen der archäologischen Ausgrabung seien nicht ausreichend dokumentiert
- Die archäologischen Funde seine in vollem Umfang zu untersuchen und die Eintragung als Bodendenkmal notwendig
- Durch die geplante Auffüllung würden im Boden verbliebene Funde zerstört. In diesen Bereichen sei eine Auffüllung und Bebauung nicht zuzulassen

11.2.8 Zweite erneute Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB

Die zweite erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB erfolgte in der Zeit vom 15.01.2018 bis zum 31.01.2018. Stellungnahmen konnten nur zu folgenden ergänzten bzw. geänderten Teilen abgegeben werden:

- zur zeichnerischen Darstellung Gewerbegebiet und zu Teilen der Begründung einschließlich des Umweltberichts, die sich mit der Darstellung Gewerbegebiet befassen,
- zu Teilen der Begründung einschließlich des Umweltberichts, die sich mit der Bilanzierung und dem Ausgleich für den Eingriff in schutzwürdige Böden befassen,
- zu Teilen der Begründung einschließlich des Umweltberichts, die sich mit der archäologischen Untersuchung befassen.

In diesem Zusammenhang haben folgende Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange keine Betroffenheit erklärt bzw. keine oder keine wesentlich neuen Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert:

- Amt 37-41 (Feuerwehr und Zivilschutzamt)
- Dezernat II-KuB (Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz)
- Duisburger Verkehrsgesellschaft AG, DVG
- Fernwärme Duisburg
- LINEG
- Netze Duisburg GmbH
- Niederrheinische IHK
- PLEdoc GmbH

- Wirtschaftsbetriebe Duisburg (WBD-A)
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg (WBD-SI11)

Folgende Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange haben Stellungnahmen zu den ergänzten bzw. geänderten Teilen der Flächennutzungsplan-Änderung abgegeben.

- Amt 31-11 (Amt für Umwelt und Grün)
- Amt 62-33 (Amt für Baurecht und Bauberatung)
- Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat 53
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., BUND
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung GFW Duisburg
- LVR - Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland

Der Landesbetrieb Straßen.NRW hat eine Stellungnahme abgegeben, die sich nicht auf die ergänzten bzw. geänderten Teile der Flächennutzungsplan-Änderung bezieht.

11.2.9 Anpassungen der Planung auf Grund der Beteiligungen

Auf Grund der Stellungnahmen im Rahmen der ersten erneuten Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB wurde die Flächenausweisung von einem eingeschränkten Industriegebiet (Gle) geändert in ein Gewerbegebiet (GE). Die Wahl der Flächenausweisung eines Gle zu Beginn des Verfahrens erfolgte aus Gründen einer einheitlichen Darstellung mit den südlich angrenzenden Flächen. Dieses führte jedoch zu Missverständnissen in der Öffentlichkeit, welche teilweise davon ausging, dass ein Industriegebiet beabsichtigt ist. Aus diesem Grund hat sich die Stadt Duisburg dazu entschlossen, auch auf der Ebene des Flächennutzungsplans ein Gewerbegebiet darzustellen. Beide Darstellungen sind geeignet, die Planziele der Stadt Duisburg sowie der Eigentümerin umzusetzen.

Teil B - Umweltbericht

Der Umweltbericht, Teil B der Begründung, ist in einem separaten Dokument dargestellt.

Diese Begründung mit Umweltbericht gehört zur Flächennutzungsplan-Änderung
Nr. 4.30 -Baerl-.

Die Aufstellungsvermerke auf dem Plan gelten auch für diese Begründung.

Die Übernahme der Absichtsbegründung als Entscheidungsbegründung im Sinne des § 5 (5)
Baugesetzbuch wurde am 07.05.2018 vom Rat der Stadt beschlossen.

Duisburg, den 30.10.2018

Der Oberbürgermeister

Im Auftrag

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'T' followed by a horizontal line and a small flourish.

T r a p p m a n n